



DIE ROTE HILFE

1.2023

ZEITUNG DER ROTEN HILFE E.V. | 2 EURO | 49. JAHRGANG | C 2778 F | WWW.ROTE-HILFE.DE

S. 10
REPRESSION

Darf ich mein Handy
zerstören?

S. 15
INTERNATIONAL

Rechtsanwält_innen
abgeurteilt – Das CHD-
Verfahren in der Türkei

S. 24
SCHWERPUNKT

Zivilrecht als
Repressionsmittel –
Eine Einführung

S. 27

Das Klima wird rauer –
Ende Gelände vor Gericht

S. 38

Was ist politische
Justiz? Interview mit
Rechtsanwalt Sven Adam

Die Angst der Herrschenden

vor einer Revolutionierung der Köpfe

hat eine

spezifisch deutsche Justiztradition

hervorgebracht.

■ Der Rote Hilfe e.V. ist es wichtig, männlich oder binär dominierte gesellschaftliche Verhältnisse in ihren Publikationen nicht sprachlich zu reproduzieren. Deshalb bittet das Redaktionskollektiv der *RHZ* alle Autor_innen darum, in ihren Beiträgen Gender-Gap oder Gender-Sternchen zu nutzen. Sofern im Heft Beiträge abgedruckt sind, bei denen dies nicht der Fall ist, liegt das in einer ausdrücklichen Entscheidung der Autor_innen begründet oder daran, dass bspw. ein historischer Text nachgedruckt wird. In beiden Fällen möchte das Redaktionskollektiv nicht durch eigenhändiges Gendern ein Bewusstsein vorspiegeln, das bei den Autor_innen beim Verfassen des Beitrags – aus welchen Gründen auch immer – tatsächlich nicht vorhanden war.



WER IST DIE ROTE HILFE?

Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z.B. das Eintreten für die Ziele der ArbeiterInnenbewegung, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische oder gewerkschaftliche Kampf sowie der Kampf gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden. Darüber hinaus gilt die Solidarität der Roten Hilfe den von der Reaktion politisch Verfolgten in allen Ländern der Erde.

Aus der Satzung

► **Fingerprint zur Prüfung von PGP-Schlüsseln der Roten Hilfe e.V.:**
3217 EC6F AA70 7697 F262
BD69 8B1A 19B5 9042 69F8

EDITORIAL

IN EIGENER SACHE

04 Geld her!

06 Matthias Kramer unvergessen

REPRESSION

08 Perlen der Polizeiarbeit

10 Darf ich mein Handy zerstören?

GET CONNECTED

12 Computersicher vor was?

REPRESSION INTERNATIONAL

15 Rechtsanwält_innen abgeurteilt – Das CHD-Verfahren in der Türkei

AZADI

18 Azadi – Informationen des Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden

SCHWERPUNKT

22 Justitia ist blind!

24 Zivilrecht als Repressionsmittel – Eine Einführung

27 Das Klima wird rauer – Ende Gelände vor Gericht

30 SLAPP: „Kritische Öffentlichkeit gezielt eingeschüchtert“

32 Das Justizproblem – Rechte Richter*innen in der BRD

34 Unter Brücken – Politische Justiz in den kritischen Rechtswissenschaften

36 Straffreiheit für rechte Mörder – Die politische Justiz in der frühen Weimarer Republik

38 Was ist politische Justiz? Interview mit RA Sven Adam

42 Heinrich Hannover ist verstorben

44 Ein Genosse ist tot – Ein Nachruf auf Ronny Fritsch

HISTORISCHES

46 Sommer 1972 und die rote rh_★ – Stadtguerilla und Solidarität Teil IV

REZENSION

49 Vernichtungswille des Staates – Fragmente zu Anarchismus in der Bukowina

51 Betty Rosenfeld – Zwischen Davidstern und roter Fahne

AUS ROTER VORZEIT

53 „Die Münchner Gestapo sucht die Rote Hilfe“



„Die Münchner Gestapo sucht die Rote Hilfe!“

Die Rote Hilfe Deutschlands in München in der frühen Illegalität ab 1933 Teil I

von Silke Makowski (Hans-Litten-Archiv)

München kann auf eine lange und bewegte Geschichte der Solidaritätsarbeit zurückblicken: Im Mai 1919, nur wenige Tage nach der blutigen Niederschlagung der Münchner Räterepublik, begann die „Frauenhilfe für politische Gefangene“ um die Kommunistin Rosa Aschenbrenner, spektrenübergreifend materielle Unterstützung für Hunderte von inhaftierten RäterepublikanerInnen und deren notleidende Familien zu leisten. Diese Praxis ebenso wie ihre Bemühungen, mit unterschiedlichen Parteien und den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten, machten die Münchner Frauenhilfe zur wichtigsten Vorgängerstruktur der Roten Hilfe. Zudem unterhielt sie Kontakte zu den Rote-Hilfe-Komitees, die sich ab 1921 reichsweit aus der KPD heraus gegründet hatten und auch in Bayern tätig waren. Als die RH-Komitees im Herbst 1923 verboten wurden, wurde auch die Frauenhilfe zur Selbstauflösung gezwungen.

■ Die Tausenden Gefangenen aus der Rätebewegung machten eine starke Solidaritätsorganisation dringend notwendig, und die staatliche Repression sollte die Lage in der Region auch weiterhin prägen. Nachdem im Herbst 1924 die Rote Hilfe Deutschlands (RHD) als Mitgliederorganisation gegründet worden war, war ihre Arbeit in der „Ordnungszelle Bayern“ von ständigen Verfolgungsmaßnahmen überschattet: Hausdurchsuchungen und Verhaftungen von Roten HelferInnen waren ebenso an der Tagesordnung wie Verbote von Spendensammlungen und Veranstaltungen;

sogar der Landeskongress im Mai 1927 musste illegal stattfinden. Dennoch entfalteten die bayerischen Solidaritätsstrukturen rege Aktivitäten, und gerade in München führte die RHD beeindruckende Großversammlungen durch, bei denen die ReferentInnen gewaltige Räume wie den Löwenbräukeller, den Mathäusersaal oder sogar den Zirkus Krone füllten. Bekannte UnterstützerInnen aus verschiedenen Spektren – darunter Xaver Freiburger, der wegen seiner Mitarbeit in der Roten Hilfe aus der SPD ausgeschlossen worden war, und der parteilose Schriftsteller Oskar Maria Graf – sorgten für die breite Verankerung in der ArbeiterInnenbewegung. Allerdings erwies sich der starke Katholizismus oft als Hemmnis für die Entwicklung in Bayern.

Wachstum zu Beginn der 1930er-Jahre

Ende 1925 waren 2.199 Mitglieder in Nord- und 2.018 Rote HelferInnen in Südbayern erfasst. Die Bezirksleitungen in Nürnberg und München waren für 45 bzw. 30 Ortsgruppen zuständig. Dass die beiden Bezirke 1927 zusammengelegt und von München aus verwaltet wurden, lag wohl auch an der leicht rückläufigen Entwicklung in der zweiten Hälfte der 1920er-Jahre.

1929, als die RHD von massiven Flügelkämpfen erschüttert wurde, war ein Tiefpunkt erreicht. 1930 übernahm Max Holy die Bezirksleitung, und genau wie im gesamten Reichsgebiet verzeichnete die Solidaritätsorganisation in Bayern ab diesem Jahr Massenbeitritte und zahlreiche Neugründungen von Ortsgruppen. Deshalb wurde der florierende Bezirk im Sommer 1932 wieder zweigeteilt: Im Herbst 1932 umfasste Nordbayern unter dem Nürnberger RHD-Leiter Karl Ultsch 4.814 Individualmitglieder in 97 Ortsgruppen, in Südbayern waren es sogar 11.554 GenossInnen in 168 lokalen

Strukturen.¹ Hinzu kamen jeweils noch Tausende Rote HelferInnen in Kollektivmitgliedschaften. Bereits im Juni 1931 kassierte München als bei Weitem stärkste Ortsgruppe 2.862 Einzelmitglieder in 13 Stadtteilgruppen, und weitere Beitritte folgten.²

Zu den Gründen für dieses schnelle Wachstum gehörte die enorme Repressionswelle zu Beginn der 1930er-Jahre, mit der der Staat auf die Kämpfe der ArbeiterInnenbewegung und auf die antifaschistischen Abwehrbemühungen gegen die erstarkenden Nazi-Umtriebe reagierte. Erneut füllten sich die Gefängnisse mit KommunistInnen und SozialistInnen, und im reaktionären Bayern wurden die Notstandsgesetze besonders rigide umgesetzt, was auch die RHD hart traf.

Die staatliche Verfolgung erschwerte zwar die Tätigkeit der Roten HelferInnen massiv und verunmöglichte in den letzten Jahren der Weimarer Republik faktisch größere Veranstaltungen. Indem die AktivistInnen dadurch schon vor 1933 in der Halblegalität agierten, hatten sie mit klandestinen Handlungsmustern und Vorsichtsmaßnahmen erste Erfahrungen gesammelt, als der NS-Terror sie im März 1933 in den Untergrund trieb, aber dessen Ausmaß sollte ihre geringen Vorbereitungen schnell zunichtemachen.

In die Illegalität gezwungen

Das Verbot und die polizeiliche Erstürmung des Münchner Rote-Hilfe-Büros in der Rumfordstraße 38 am 1. März 1933 waren schwere Schläge. Vor allem aber dünnten die Massenverhaftungen im Frühjahr 1933 die Reihen aus: Laut einem Bericht der Politischen Polizei vom

¹ vgl. StAB 4,65 484; im November 1932 hatte die KPD in ganz Bayern 10.703 Mitglieder, von denen aber nur 6195 Beiträge bezahlten (vgl. Hartmut Mehringer, „Die KPD in Bayern 1919-1945“, in: Martin Broszat/Hartmut Mehringer (Hg.), Bayern in der NS-Zeit Band V, München/Wien 1983, S. 27).

² vgl. Mehringer S. 49

25. Mai 1933 waren seit dem 9. März 492 Münchner KommunistInnen verhaftet worden³ und bereits Anfang März hatten die Nazis zahlreiche AktivistInnen in „Schutzhaft“ genommen. Angesichts der blutigen Verfolgungen kehrten weitere Mitglieder der Solidaritätsorganisation aus Angst den Rücken. Immerhin konnte der Bezirksleiter Max Holy zunächst untertauchen. Seine Bemühungen, die RHD in die Illegalität zu überführen, endeten jäh, als er Ende April den Nazis in die Hände fiel und ins KZ Dachau verschleppt wurde – genau wie fast alle anderen Mitglieder der Bezirksleitung.



Veranstaltungspakat der Roten Hilfe Deutschlands in München im April 1932

Weil sich keine neue Führung formierte und alle überregionalen Verbindungen abgerissen waren, führten die Basisgruppen die Rote-Hilfe-Arbeit autonom fort und konnten immerhin innerhalb des eigenen Wohnumfelds materielle Direkthilfe für die verhafteten GenossInnen und ihre Familien organisieren. Größere Projekte wie Publikationen waren unter diesen Umständen kaum möglich, doch griff die illegale KPD die Themen auf, zum Beispiel in der *Neuen Zeitung*, die Spendenaufrufe der RHD und Berichte über den NS-Terror druckte.

Für den Berliner RHD-Zentralvorstand erwies es sich als zu kompliziert, einen Direktkontakt in die bayerische Hauptstadt aufzubauen, auch wenn sie mehrfach einen Instrukteur aus dem benachbarten Bezirk Württemberg nach Mün-

chen schickte. Eine Verbindung konnte schließlich Adam Voltz herstellen, der im Auftrag der Schweizer RHD-Grenzstelle in Zürich die südlichen Bezirke besuchte. Unterstützt von der KPD gelang es ihm ab Mai 1934, die Rote Hilfe in der Stadt nach und nach zu reorganisieren. Schwerpunkte lagen unter anderem im Westend, in Haidhausen und in zentralen Stadtteilen wie dem Schlachthofviertel, wo auch der KPD-Widerstand stark war.

Vereinzelt existierten zudem illegale Betriebsgruppen, wie der „Bericht der RH Südbayern“ vom 22. Mai 1935 rückblickend vermerkt: „Bei der BMW bestand noch Ende vorigen Jahres eine RH-Zelle, die aber infolge einsetzender Verhaftungen vollständig liquidiert wurde“ (SAPMO RY I 4/4/30 Bl. 297). Auch bei AGFA bildete sich im Herbst 1934 eine ansehnliche Solidaritätsstruktur, die – trotz der Verhaftung einer engagierten Funktionärin bereits in der Gründungsphase – kontinuierlich tätig war.

Im November 1934 wurde Adam Voltz von Bruno Lindner abgelöst, der noch größere Erfolge verzeichnen konnte. Zu seinen engsten MitarbeiterInnen gehörten die sozialdemokratischen Brüder Alfred und Josef Lettenbauer sowie die KPD-FunktionärInnen Julius Ziegelmann, Elisabeth Schreier und Max Troll. Ebenfalls zentrale Rollen hatten der leitende RHD-Aktivist Wilhelm Soller sowie die Familie Jakobi inne; die Konditorei von Rosa Strobel geb. Jakobi in der Theresienstraße fungierte als Anlaufstelle.

Erfolgreiche Unterstützungsarbeit

Ab Anfang 1935 wurde die illegale Rote Hilfe im Bezirk trotz herber Rückschläge verstärkt tätig. Die positive Entwicklung war auch der Neuorientierung der KPD zu verdanken, die – nach mehreren verheerenden Verhaftungswellen – im Frühjahr 1934 ihren Schwerpunkt auf die Solidaritätsarbeit verlegte und bestehende Gruppen teilweise komplett in die RHD überführte. Dabei war das Verhältnis nicht immer konfliktfrei: Viele KommunistInnen widersetzten sich der praktischen Einheitsfrontpolitik der Roten Hilfe, die den Schulterschluss mit allen antifaschistischen Gruppierungen suchte, und forderten, bevorzugt inhaftierte KPD-Mitglieder zu unterstützen. Ein weiterer Streit entbrannte, als die Partei Ende 1934 die Hälfte der Erlöse aus dem Verkauf von RHD-Zeitungen verlangte.

Allerdings konnte die Solidaritätsorganisation ihre Position jeweils verteidigen und wies bald bemerkenswerte Fortschritte auf, die der Zentralvorstand Ende März 1935 lobte: „Im Allgemeinen wird in München eine gute Arbeit geleistet. Auch die Unterstützungsfrage ist dort am besten geregelt. Es werden ca 100 Personen unterstützt.“ (SAPMO RY I 4/4/27 Bl. 133)

Diese Zahl sollte bald noch deutlich steigen: Nachdem bis Ende 1934 materielle Hilfe für die Familien der politischen Gefangenen dezentral und unkoordiniert organisiert worden war und auf lokale Spendensammlungen beschränkt blieb, baute die neue Bezirksleitung um Lindner ein systematischeres Modell auf. Dazu mussten die Roten HelferInnen zunächst die verstreuten Basiszellen ausfindig machen und den Kontakt zu bedürftigen Familien herstellen. Über die Angehörigen konnte die RHD wiederum Verbindung zu den inhaftierten AntifaschistInnen selbst aufnehmen, um sie mit Päckchen zu versorgen und Informationen über die Haftbedingungen zu bekommen.

Finanziert wurde die wachsende Unterstützung durch Zuschüsse aus der Schweiz, die über die RHD-Grenzstelle organisiert wurden. Neben Solidaritätssammlungen in der dortigen ArbeiterInnenbewegung konnten auch bürgerliche Kreise für Zahlungen gewonnen werden, besonders dank des von der Exil-RHD initiierten „Schweizerischen Komitees zur Hilfe für notleidende Frauen und Kinder in Deutschland“. Schon kurz nach der Gründung Ende 1934 hatte das Komitee 1.600 Franken zur Unterstützung der Verfolgten aufgebracht. Das Geld wurde von KurierInnen in den südlichen Bezirken verteilt; im Januar 1935 existierten in München zwei Anlaufstellen für diesen Zweck.

Über Parteigrenzen hinweg

Der schnelle Anstieg der Unterstützungen lag auch an der parteienübergreifenden Ausrichtung der Solidaritätsorganisation, die zunehmend SozialdemokratInnen und verfolgte KatholikInnen versorgte. Wie der Zentralvorstand Anfang August 1935 hervorhob, war die Zusammenarbeit mit allen antifaschistischen Kreisen „entscheidend für eine wirkliche Herstellung der Einheitsfront der Solidarität, und sie ist auch von größter organisatorischer Bedeutung. Das beste Beispiel dafür ist

³ vgl. Mehringer S. 68



München, wo wir z.B. im Dezember so gut wie nichts hatten, im Januar unterstützten wir 8 Familien, im April 63, im Juli 180 und im gleichen Verhältnis war es möglich, Gruppen der RH. Aufzubauen.“ (SAPMO RY I 4/4/27 Bl. 142)

Schon seit Jahresanfang hatte sich die RHD in München bemüht, mit nicht-kommunistischen Widerstandsgruppen in Kontakt zu kommen. Vor allem mit der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), die ihren Schwerpunkt in Giesing hatte, fanden bald Treffen statt, doch stand diese Partei einem gemeinsamen Vorgehen zögerlich gegenüber. Noch schwieriger gestalteten sich Absprachen mit der SPD, weil die Parteistrukturen durch den NS-Terror weitgehend zerschlagen waren. Im Mai 1935 wusste die RHD von keiner einzigen aktiven SPD-Zelle in der Stadt, sondern nur von zwei Reichsbanner-Gruppen. Auch mit zentralen Personen des katholischen Widerstands kam es erst nach zähen Bemühungen zu ersten Zusammenkünften. Über die Unterstützung von sozialdemokratischen, sozialistischen und katholischen Verfolgten schlossen sich aber Einzelpersonen aus diesen Spektren den Stadtteilgruppen an.

Der Ansatz der Einheitsfront spiegelt sich auch in der Öffentlichkeitsarbeit der Münchner RHD, die ab Dezember 1934 eine eigene Zeitung herausbrachte. Der Rote Helfer erschien etwa monatlich in steigender Auflage: War die erste Nummer noch auf 235 Stück beschränkt, wurde die vierte Ausgabe im Frühjahr 1935 bereits in 550 Exemplaren verbreitet. Im Februar 1935 titelte das achtseitige Heft: „2 Jahre faschistische Barbarei! 2 Jahre Mordlager Dachau!“ und rief schon im Leitartikel dazu auf, Solidarität für AntifaschistInnen aller Weltanschauungen zu organisieren. Ähnlich schloss der Bericht „Die Münchner Gestapo sucht die Rote Hilfe!“, der Hausdurchsuchungen und Verhaftungen von RHD-Mitgliedern sowie Repression gegen unterstützte Familienangehörige schilderte, mit dem Aufruf: „Heraus aus unserer Selbstisolierung! Katholische Arbeiter, Sozialdemokraten, Parteilose, Kommunisten, Mittelständler, SAPler, die städtische Intelligenz, Kleinbauern, alle müssen sich in der RH die brüderlichen Hände reichen.“ (SAPMO RY I 4/4/33 Bl. 207)

Neben dem *Roten Helfer* vertrieb die RHD auch das Zentralorgan *Tribunal*, das sie von der Schweizer Grenzstelle erhielt. Bruno Lindner unternahm regelmäßig die

gefährlichen Fahrten nach Zürich, um von den Entwicklungen in Südbayern zu berichten, die Anlieferung von Literatur und Spendengeldern zu vereinbaren und sich mit VertreterInnen aus den Nachbarbezirken zu vernetzen.

Solidaritätsarbeit trotz NS-Terror

Allerdings versetzte der anhaltende NS-Terror der RHD oft harte Schläge, beispielsweise als Wilhelm Soller Ende Januar 1935 mit einer größeren Menge illegaler Literatur verhaftet wurde oder als im Frühjahr 1935 der „technische Apparat“ aufflog, was die RHD der Vervielfältigungsmöglichkeiten für den *Roten Helfer* und Flugblätter beraubte.

Eine Übersicht vom 22. Mai 1935 berichtet von nur noch 87 regelmäßig kassierten Mitgliedern im Stadtgebiet und 59 in anderen südbayerischen Ortsgruppen. Die Kontakte zu den RHD-Gruppen Haidhausen und Westend waren zuvor durch die Verhaftungen der jeweiligen LeiterInnen abgerissen, und auch nach Mitte bestand keine Verbindung mehr. Seit Februar 1935, als noch 214 Mitglieder im Bezirk erfasst waren, hatte die Organisation somit massive Einbußen hinnehmen müssen.⁴

Im Gegensatz zu den meist nur aus einer Person bestehenden Stadtteilleitungen konnte die dreiköpfige Bezirks Spitze die wichtigsten Funktionen – Politische Leitung, Organisationsleitung und Technik – gut besetzen und verstärkte das Gremium durch InstruktoreInnen. Für Kassierung und Unterstützung war ein eigenständiger Apparat zuständig, der von drei Genossinnen organisiert wurde.

Bei dieser stabilen Konstellation erschien es unproblematisch, die Solidaritätsarbeit kontinuierlich fortzuführen, als Bruno Lindner im Mai 1935 wegen drohender Verhaftung in die Schweiz flüchten musste; Elisabeth Schreier schloss sich ihm an. Zum neuen Bezirksleiter ernannte Lindner Max Troll, der durch sein aktives Engagement zum maßgeblichen Funktionär in der Münchner Roten Hilfe geworden war. Diese Entscheidung sollte sich in den folgenden Monaten als fatal herausstellen.

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe. ❖

⁴ vgl. SAPMO RY I 4/4/30 Bl. 184 und Bl. 299

PROKLA
BERTZ + FISCHER

ZEITSCHRIFT
FÜR KRITISCHE
SOZIALWISSENSCHAFT

Schwerpunktt Themen

- Nr. 203: Die USA vor, mit und nach Trump (2/2021)
- Nr. 204: Vergessenes Land? Perspektiven auf rurale Entwicklung (3/2021)
- Nr. 205: Gesundheit mit System (4/2021)
- Nr. 206: Corona und die Folgen (1/2022)
- Nr. 207: Gesellschaftskritik und sozialistische Strategie (2/2022)
- Nr. 208: StaatsKapitalismus (3/2022)
- Nr. 209: Die Linke zwischen Krise und Bewegung (4/2022)
- Nr. 210: Sozial-ökologische Transformationskonflikte und linke Strategien (1/2023)

Jetzt auch im
Digital- und
Sozial-Abo*
ab 29,- Euro im Jahr
* und im Förder-Abo!

Einzelheft: € 15,-

Probeheft anfordern!

Bertz + Fischer Verlag
prokla@bertz-fischer.de
www.bertz-fischer.de/prokla